<https://doi.org/10.1007/s00350-020-5453-y>

Selbstbestimmung durch und im Betreuungsrecht.

Herausgegeben von Josef Franz Lindner. Verlag Nomos, Baden-Baden, 2019, 240 S., kart., €69,00

„Selbstbestimmung durch und im Betreuungsrecht“ – aus dem Titel des in den Schriften zum Bio-, Gesundheits- und Medizinrecht bei Nomos erschienenen Werkes heraus, wird man dessen Hintergrund und Inhalt nur schwer erraten können. Dahinter verbirgt sich die Sammlung verschiedener Beiträge einer Tagung zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen des Betreuungsrechts des Instituts für Bio-, Gesundheits- und Medizinrecht in Kooperation mit dem Zentrum für Interdisziplinäre Gesundheitsforschung der Universität Augsburg im November 2017. Im Fokus stehen unter anderem Problemstellungen im Hinblick auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts im Falle der eigenen Einwilligungsunfähigkeit.

Bereits beim ersten Durchblättern des Werkes und der Lektüre des Inhaltsverzeichnis stellt man fest, dass eine außergewöhnliche Kombination zwischen einem internationalen (Deutschland, Österreich, Schweiz) und interdisziplinären Ansatz (Recht und Ethik) gewählt wurde. Da die ethischen Fragestellungen und die mit den Mitteln des jeweiligen Rechts zu lösenden Probleme in tatsächlicher Hinsicht länderübergreifend vergleichbar sind, lohnt sich ein Blick über den örtlichen und fachlichen Tellerrand.

Den Beginn und sozusagen die Grundlagen für das deutsche materielle Recht legend, macht *Schmidt-Recla* mit einer Einführung in das deutsche Betreuungsrecht. Dieses wird kurzweilig aus einer Vogelperspektive anhand verschiedener Grundprinzipien (wie beispielsweise dem Erforderlichkeitsprinzip und dem Subsidiaritätsprinzip) erörtert. Der Beitrag gibt einen sehr guten Überblick über die wesentlichen Eckpfeiler des Rechtsgebiets, ohne sich in materiellen Einzelheiten zu verlieren. Der Leser wird mit der nötigen Substanz soweit an die Materie herangeführt, dass der Weg für die in den weiteren Beiträgen behandelten spezifischen Problemkreise eröffnet ist.

Im zweiten Beitrag beleuchtet *Arntz* die Selbstbestimmung entscheidungsunfähiger Personen aus ethischer Sicht. Im Zentrum seiner Ausführungen steht hierbei der Autonomiebegriff, dessen unterschiedliche Konturen und historischen Kontext er darstellt. Einem Leser, der über wenig spezifisch philosophische Vorkenntnisse verfügt, dürften die Ausführungen wahrscheinlich etwas abstrakt erscheinen. Auf einer Tagung kann dies ein guter Einstieg in eine interdisziplinäre Diskussion sein, deren Herausforderung gerade darin besteht, trotz unterschiedlichen fachlichen Hintergrunds allseits fruchtbare Erkenntnisse zu gewinnen.

Augsberg befasst sich anschließend mit dem grundrechtlichen Status betreuter Personen und arbeitet die spezifische Schwierigkeit heraus, dass bei betreuten Personen Konflikte nicht zwischen verschiedenen Grundrechtsträgern oder Grundrechtsverpflichteten bestehen, sondern einen intrapersonalen und intertemporalen Charakter aufweisen. Besonders nimmt er hierbei die sich im Rahmen einer Zwangsbehandlung stellenden Probleme im Hinblick auf die Bedeutung des natürlichen Willens in den Blick. Die Rechtsprechung des BVerfG zu Zwangsbehandlungen wird in diesem Zusammenhang sehr eingängig dargestellt. Er stellt abschließend fest, dass sich die Grundrechtsdogmatik in der jüngeren Vergangenheit von der starken Konzentration auf das traditionelle Staat-Bürger-Subordinationsverhältnis entfernt hat und in Richtung einer umfassenderen Betrachtung der wechselseitigen Bindungen und Wechselwirkungen in einer komplexen und pluralistischen Gesellschaft weiterentwickelt wurde.

Temel erläutert die Voraussetzungen der Zwangsbehandlung betreuter Personen. Er stellt hierbei sowohl die historische Entwicklung des Rechts der Zwangsbehandlung betreuter Personen als auch die aktuelle Rechtslage eingängig dar.

Unter der Überschrift „Patientenverfügung und natürlicher Wille“ nimmt *Magnus* dann das „heiße Eisen“ der Frage der Beachtlichkeit des natürlichen Willens bei dessen Abweichung vom vorausverfügten Willen in die Hand. Spannend sind hier insbesondere die Ausführungen zu den sog. Odysseus-Anweisungen, also Festlegungen in einer Patientenverfügung, wonach ein gezeigter aktueller (natürlicher) Wille des Patienten, der der Patientenverfügung entgegensteht, unbeachtlich sein soll. Die vorgeschlagenen Lösungen dieser tatsächlich sowie rechtlich schwierigen Frage bieten reichlich Diskussionsstoff. Abgerundet wird der Beitrag *Magnus'* durch eine Darstellung der aktuellen Rechtsprechung des BGH zu den Anforderungen an die Bestimmtheit einer Patientenverfügung.

Danach schildert *Bernat* die Entscheidungskompetenz für ärztliche Eingriffe bei einwilligungsunfähigen Erwachsenen nach dem neuen österreichischen Erwachsenenschutzrecht. Die Ausführungen geben durchaus Denkanstöße für das deutsche Betreuungsrecht. So spricht beispielsweise das österreichische Recht m. E. sehr treffend vom „gerichtlichen Erwachsenenvertreter“ anstatt vom Betreuer. Zudem ruht nach dem österreichischen Recht grundsätzlich die Befugnis des gerichtlichen Erwachsenenvertreters, in die medizinische Behandlung einzuwilligen, solange der Patient einwilligungsfähig ist. Das deutsche Recht hält hier lediglich eine im Innenverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem wirkende Lösung bereit. Die Kritik *Bernats* an der nach österreichischem Recht bestehenden Verpflichtung des Arztes, in bestimmten Fällen einen „Unterstützterkreis“ einzuberufen, kann angesichts der praktischen Schwierigkeiten im Klinikalltag und den im Hinblick auf die Verschwiegenheitsverpflichtung des Arztes bestehenden Problemen sehr gut nachvollzogen werden.

Spreecher und *Hofer* geben sodann einen sehr guten Überblick über die Rechtsstellung einwilligungsunfähiger Patienten in der Schweiz nach dem 2013 in Kraft getretenen Erwachsenenschutzrecht. Mit diesem wurden unter anderem einheitliche Regelungen zu Gültigkeitsvoraussetzungen und Verbindlichkeit von Patientenverfügungen für die gesamte Schweiz eingeführt. Besonders diskussionswürdig im Rechtslagevergleich erscheinen die Ausführungen, wonach nach dem schweizerischen Erwachsenenschutzrecht in Notfällen und bei der Behandlung psychischer Störungen im Rahmen einer fürsorglichen Unterbringung, einer Patientenverfügung nur eine eingeschränkte Bedeutung zukommt. Ein weiterer wesentlicher Unterschied zum deutschen Recht dürfte vor allem in der Rolle des Arztes bei psychiatrischen Unterbringungen bestehen, da dieser in der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen über die Zwangsunterbringung entscheiden kann. Ideen zur Weiterentwicklung des deutschen Betreuungsrechts gibt das schweizerische Erwachsenenschutzrecht unter anderem im Bereich der begrenzten gesetzlichen Vertretung urteilsunfähiger Personen durch Ehegatten – ein Thema, das auch bei uns seit Längerem diskutiert wird.

Als Gesamtfazit kann festgehalten werden, dass das Werk nicht nur einen Überblick über den aktuellen Bestand und die Entwicklungen des Betreuungsrechts in Deutschland, Österreich und der Schweiz bietet. Es packt auch schwierige Fragestellungen an und beleuchtet diese eingehend aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven. Das Ergebnis ist sehr gelungen. An das vorliegende Werk anknüpfend, wäre eine Ausleuchtung einzelner Themenbereiche auch in weiterer interdisziplinärer Hinsicht natürlich interessant. Wie lässt sich etwa der „natürliche Wille“ im Verhältnis zu dem „freien Willen“ in medizinischer Hinsicht beschreiben? Welche Rückschlüsse können hieraus für die rechtliche und ethische Bewertung gezogen werden? Die Thematik bleibt spannend und wird den wissenschaftlichen Diskurs sicherlich auch in den nächsten Jahren weiter beschäftigen.

Dr. iur. Jens Diener,
Richter am AG (waR), Ministerium der Justiz,
Franz-Josef-Röder-Str. 17, 66119 Saarbrücken, Deutschland

Jens Diener